©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ERNEST K. BRAMSTED

AUSTRALISCHE AUSSENPOLITIK IM ZWANZIGSTEN JAHRHUNDERT

Wenn man anfängt, über australische Außenpolitik nachzudenken, dann tut man gut daran, sich einige ganz elementare Tatsachen klar zu machen[1]. Die erste ist natürlich, daß Australien eine verhältnismäßig junge Nation darstellt. Das heutige „Commonwealth of Australia" ist noch keine 60 Jahre alt, und seine Hauptstadt Canberra feierte 1957 erst ihren dreißigsten Geburtstag. Zweitens, Australien hat sich als ein isolierter Außenposten der Kultur Europas in der Nähe Asiens entwikkelt, ein Außenposten, der 170 Jahre lang vorwiegend von Menschen britischen Schlages, oder genauer gesagt, englischer, schottischer oder irischer Abstammung bewohnt wurde. Australien ist geographisch fast ein Stück von Asien und doch kulturell ein Stück Europas[2], zudem seit 1942 zu den Vereinigten Staaten tendierend. Wie ein Blick auf die Karte zeigt, ist Australien ein Kontinent am Rande Asiens mit einer Brücke zu ihm in der Form eines Archipels von Inseln; es bildet das östliche Ende einer Landbrücke, die sich auf Malaya stützt. Kulturell und wirtschaftlich hat Australien jedoch bisher immer zum Westen tendiert. Noch heute neigt es viel mehr zu London und Washington, zu Oxford, Cambridge und Harvard als zu Neu Delhi, Tokio oder Peking[3]. Australiens politische Tradition und seine Institutionen gehen auf die des demokratischen Mutterlandes England zurück und nicht auf die bis vor kurzem autokratischen Asiens. Und was die Wirtschaft angeht, so hängt auch heute noch ein bedeutender Teil des australischen Volksvermögens vom Export seiner Wolle, seines Weizens und seines Fleisches nach England, Europa und Nordamerika ab.

Australien ist ein Kontinent so groß wie das Gebiet der Vereinigten Staaten, ein Kontinent, von dem die Hälfte erst sehr langsam bewohnbar wird, dessen Mineralschätze und Stahlproduktion jedoch zusammen mit großen Projekten der Elektrifizierung und Bewässerung eine bedeutende wirtschaftliche Höherentwicklung in den nächsten Jahrzehnten versprechen. Während noch 1933 die Bevölkerung nur 6 Millionen betrug, hat sie infolge der planmäßigen Einwanderung seit 1945 im März 1959 10 Millionen überschritten. Wie mit diesen Einwanderern – den „New Australians", wie sie genannt werden, unter ihnen Italiener, Griechen, Deutsche, Jugoslawen usw. – ein neues Element in die Bevölkerungsstruktur einzog, so ist auch in der Haltung Australiens zu Großbritannien, zu den USA und zu Asien eine Neu- und Umorientierung in den letzten 15 Jahren eingetreten, die den heutigen außenpolitischen Kurs von Canbefra weitgehend bestimmt.

Sieht man sich die Bevölkerungsziffern an und vergleicht die Bevölkerungsstärke

[1] Der folgende Aufsatz ist die erweiterte Fassung eines Vortrags, den der Verfasser am 3. Juli 1958 vor der „Gesellschaft für Auslandskunde" in München gehalten hat.

[2] Australia in World Affairs 1950–1955, hrsg. von Gordon Greenwood und Norman Harper, Melbourne 1957, S. 1.

[3] Norman Harper, Australia and the Regional Pacts 1950–1957 in: „The Australian Outlook", Bd. 12, Nr. 1, März 1958, S. 4.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Australiens mit der der süd- und südostasiatischen Länder, so erscheint Australien wie ein Zwerg, ein Zwerg neben Riesen und ausgewachsenen Männern. Wir brauchen nicht bloß an China mit seinen 600 Millionen Menschen und an Indien und Pakistan mit über 400 Millionen zu denken; sogar Indonesien hat ungefähr das Neunfache der Bevölkerung Australiens, und dessen Bevölkerungsziffer übertrifft die von Formosa oder Ceylon oder Nepal nur um ein Geringes. Rangiert Australiens Bevölkerungsstärke unter den Staaten Asiens erst an elfter Stelle, so kommt ihr jedoch in bezug auf das Volksvermögen der vierte Platz zu. In dieser Hinsicht wird Australien nur von China, Indien und Japan übertroffen. Man bedenke, was das bedeutet: Indien hat 40mal so viel Menschen wie Australien, aber sein Volksvermögen ist nur um das $2^1/_2$fache größer. Ceylon besitzt mit einer ganz wenig geringeren Bevölkerungsziffer nur ein Neuntel des australischen Nationalvermögens. Wie Michael Lindsay kürzlich treffend bemerkte[4], hat Australien heute eine wirtschaftliche und bis zu gewissem Grade auch militärische Position gewonnen, die in keinem Verhältnis zu seiner Bevölkerungsstärke steht.

Historisch gesehen, läßt sich von einer unabhängigen australischen Außenpolitik erst seit dem zweiten Weltkrieg, insbesondere seit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour sprechen. Die Ursache für diese Zurückhaltung war teils die Indifferenz der sorglos optimistischen Massen, die sich so lange im Schutz der britischen Flotte geborgen wußten, teils die nüchterne Erwägung seiner leitenden Männer, daß Australien sich bei den gegebenen Kräfteverhältnissen eine unabhängige Außenpolitik kaum leisten könne[5]. Von dem Augenblick an jedoch, wo sich die britische Flotte nicht mehr als ein ausreichender Schild für Australien erwies, wurde eine eigene Orientierung der australischen Außenpolitik unvermeidlich.

Wie wir alle wissen, hängt die Außenpolitik eines Landes nicht nur von seiner strategischen Lage und seiner Wirtschaftsposition ab, sondern in hohem Grade auch von seiner innerpolitischen Struktur. Wenn man sich die Debatten in den Parlamenten von Canberra und Westminster anhört, so fällt ein erheblicher Unterschied auf. In Westminster ähnelt der politische Kampf einem verfeinerten Tennisspiel, in Canberra einem rauhen Boxkampf. Zudem halten in Canberra die Politiker Reden zum Fenster hinaus, denn die Parlamentsverhandlungen werden täglich durch Rundfunk übertragen. Im australischen Parlament ist die Spannung zwischen Labour und Non-Labour unverkennbar, d. h. zwischen der Arbeiterpartei einerseits und den beiden bürgerlichen Parteien, den Liberalen und der Landpartei (Country Party), andererseits. Diese Spannung hat sich seit langem auch auf dem Gebiet der Außenpolitik ausgewirkt. Abgesehen von den Kriegsjahren 1942 bis 1945 hat es in Australien niemals eine überparteiliche Außenpolitik gegeben, und selbst in jener Zeit besaß das Land zum Unterschied von Großbritannien kein Koalitionskabinett, sondern eine Regierung, die nur von einer Partei, der Arbeiterpartei, gebildet war.

[4] Michael Lindsay, Australia, The United States and Asia, in: „The Australian Journal of Politics and History", Bd. 3, Nr. 1, Nov. 1957, S. 33.

[5] Vgl. N. Mansergh, Survey of British Commonwealth Affairs, Bd. 3, Problems of External Policy 1931–1939, London 1952, Kap. 5.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die australische Labour Party, deren Rolle als politischer Faktor auf das Ende des vorigen Jahrhunderts zurückgeht, ist viel weniger vom europäischen Marxismus als vom englischen Laboursozialismus geprägt worden. Das irisch-katholische Element hat in ihr stets eine erhebliche Rolle gespielt. Es gab in dieser Partei zwar immer sowohl ideologische Internationalisten wie auch australische Nationalisten, die einer Isolationspolitik das Wort redeten. Beide Richtungen lebten jedoch bis 1939 in dem Bewußtsein, daß Australien im Vergleich mit England eine demokratischere, weit mehr egalitäre Gesellschaft besitze, und in der Tat ist das Fehlen einer erblichen Aristokratie in Australien ein wichtiger Unterschied vom englischen Mutterland wie von Europa überhaupt. Jedenfalls hat die Labour Party vor dem zweiten Weltkrieg und auch danach stets die Eigenständigkeit des Landes stärker betont als die bürgerlichen Parteien. Alle Parteien aber neigten bis 1939 dazu, die Fragen der Außenpolitik von Fall zu Fall zu behandeln, ohne sich um die tieferen Tendenzen und Strömungen zu kümmern.

Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß die Australier ihre Feuertaufe als Nation auf den steilen Höhen der Gallipoli-Halbinsel im April 1915 erhielten, als sie zusammen mit neuseeländischen Truppen in einer der dramatischsten Schlachten des ersten Weltkrieges gegen die Türken fochten. Ihr Kampf war erfolglos, und die Verluste waren hoch, aber hier, wie später in Flandern, erwiesen sich die Australier als zähe und mutige Soldaten[6]. Seitdem wird jedes Jahr der Anzac-Tag zur Erinnerung an die Gallipoli-Schlacht mit fast religiöser Feierlichkeit begangen, denn mit Gallipoli, so empfand man, sei das Land in die Weltgeschichte eingetreten. Auf den Pariser Friedenskonferenzen von 1919 war Australien dann durch seinen Ministerpräsidenten William Morris Hughes vertreten. Dieser eigenwillige, abgebrühte Politiker stand dem Nationalismus eines Clemenceau wesentlich näher als dem Idealismus eines Wilson. In der Hitze der vom Krieg erregten Leidenschaften forderte er nicht weniger als 464 Mill. Pfund Sterling an Reparationen von Deutschland, dazu die deutschen Kolonien südlich des Äquators. In Wirklichkeit aber erhielt Australien nur $5^1/_2$ Mill. Pfund. Weit wichtiger für die australische Geschichte wurde es, daß damals Hughes scharf ein Prinzip betonte, das schon seit Ende des 19. Jahrhunderts eine große Rolle gespielt hatte und das auch heute noch nicht preisgegeben wird, obwohl es jetzt mehr und mehr Kritiker findet, nämlich das Prinzip der „White Australia Policy". Dieses Prinzip bedeutet, daß Australien die Einwanderung und ständige Niederlassung nur Weißen, nicht aber Farbigen gestattet. Als die japanische Delegation auf der Friedenskonferenz von Paris eine Klausel in den Covenant des Völkerbundes über die Gleichheit aller Rassen einfügen wollte, wußte Hughes dies zu verhindern. Er bestritt zwar später in einer Rede vor dem Parlament, daß die Australier auf das japanische Volk geringschätzig herabsähen. Sie behaupteten nicht, besser zu sein, sondern nur anders. „Wir beanspruchen jedoch das Recht, in bezug auf Australien zu bestimmen, wer es betreten darf und wer nicht. Dies ist unsere Heimat. Damit sie unser bleibt, haben unsere Sol-

[6] Siehe H. S. Gullet, Australia in the World War, Teil I, in: The Cambridge History of the British Empire, Bd. 7, Teil I.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daten ihr Leben geopfert und haben die Schlüssel zu ihr in unsere Hände gelegt. Der Krieg wurde für die Freiheit geführt. Wir besaßen dieses Recht vor dem Krieg, und wir verlangen, daß wir es auch jetzt behalten[7]."

Nach 1918 wurde Australien zwar ein selbständiges Mitglied des Völkerbundes, und seine Ministerpräsidenten wie Bruce und Lyons beanspruchten das Recht des Dominion, in Fragen der Weltpolitik von Großbritannien informiert und konsultiert zu werden, doch wurde auf dieses Recht praktisch kein Gewicht gelegt. Es ist überaus bezeichnend, daß das berühmte Statut von Westminster, das 1931 vom britischen Parlament angenommen wurde und einen großen Schritt vorwärts zur Unabhängigkeit der Dominions im Commonwealth darstellte, erst 1942 vom australischen Parlament ratifiziert worden ist. In den zwanziger und dreißiger Jahren teilte Australien die offizielle britische Einstellung zum Völkerbund, und die damalige bürgerliche Regierung von J. A. Lyons unterstützte die Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien wegen seines Angriffs auf Abessinien. Hingegen war die Labour-Opposition in Canberra die einzige sozialistische Gruppe der Welt, die aus einem pazifistisch bestimmten Verlangen nach Isolierung des Landes diese Sanktionen verwarf.

Im ganzen gesehen interessierte man sich damals in Australien, was der geographischen Lage nach verständlich genug ist, weniger für die Wolken am politischen Himmel Europas als für die Lage im Fernen Osten und die Aktionen der Japaner – wenngleich hier ebenfalls nicht im Sinne einer aktiven Gegenwehr. Nach der japanischen Aggression in der Mandschurei und dem darauf folgenden Austritt Japans aus dem Völkerbund wollten vielmehr zahlreiche Australier scharfe Schritte gegen Japan vermieden wissen, zumeist wohl in der Erwägung, daß Japan, solange sich seine Expansionspolitik gegen China richtete, kaum einen Vorstoß im südpazifischen Ozean ins Auge fassen würde. Wenn die australische Regierung in den Jahren unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg eine Haltung des „appeasement" gegenüber den faschistischen Staaten Deutschland und Italien an den Tag legte, so geschah dies auch in der Hoffnung, Japan nicht noch mehr auf die Seite der Achse zu treiben. Die australische Regierung verließ sich für den Fall eines Krieges auf die britische Flotte und deren Stützpunkt Singapur, doch gab es bereits damals einige weitsichtige australische Experten, die zu dem Schluß kamen, daß bei einem Krieg zwischen Großbritannien und Japan Singapur wahrscheinlich verloren gehen werde. Sozialistische Kreise in Australien betonten die Notwendigkeit, mehr die Luftwaffe als die Flotte auszubauen, da nach ihrer Meinung nur die erstere den Selbstschutz des Landes gewährleisten würde. Der Führer der Labour-Opposition im Parlament, John Curtin, erklärte während der Krise von München: „Unsere erste Pflicht besteht gegenüber Australien. Unsere Lage ist derart, daß die Gesamtheit unserer

[7] Diese Rede von Ministerpräsident W. M. Hughes vor dem Abgeordnetenhaus vom 10. 9. 19 ist ebenso bezeichnend für seine Stellung zu Deutschland wie für sein Festhalten an der „white Australia Policy". Die wesentlichen Stellen der Rede finden sich in: Sources of Australian History, ausgewählt und hrsg. von M. Clark, London 1957 (The World's Classics), S. 554–577 (Zitat: S. 572).

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriegsmittel zu unserer eigenen Verteidigung verfügbar sein muß. Kein Soldat darf aus Australien verschickt werden, um an einem weiteren Krieg in Übersee teilzunehmen[8]." Acht Monate später, im Mai 1939, äußerte sich Curtin freilich dahin, daß „Australien ein integrierender Bestandteil des British Commonwealth" sei.

Als dann der zweite Weltkrieg kam, folgten Australien und Neuseeland dem Beispiel Großbritanniens ohne das geringste Zögern. Ministerpräsident Menzies und sein bürgerliches Kabinett waren der Ansicht, daß, trotz formeller Selbständigkeit der australischen Entschließung, wie im ersten Weltkrieg Englands Teilnahme automatisch die des Dominion nach sich ziehe. Die oppositionelle Arbeiterpartei, damals übrigens die stärkste Partei im Parlament, vertrat keinen abweichenden Standpunkt. Der einzige Unterschied zum ersten Weltkrieg bestand in einer Streitfrage darüber, wo australische Truppen in Übersee verwendet werden sollten. Drei australische Divisionen nahmen dann 1940 und 1941 an den Kämpfen in Nordafrika, Griechenland und Syrien teil. Aber mit der drohenden Gefahr im Pazifischen Ozean wuchs die Sorge um das eigene Land. Im Laufe des Jahres 1941 forderte die australische Regierung, die im Oktober des Jahres in die Hände der Arbeiterpartei übergegangen war, daß die australischen Truppen näher der Heimat, d. h. in Malaya und Burma, eingesetzt würden. Nur schweren Herzens gaben Churchill und die englischen Generale dieser Forderung nach[9].

Wie für die Länder Asiens, so war auch für Australien der Kriegseintritt Japans und dessen militärische Erfolge von stärkster Wirkung. Pearl Harbour und später die Katastrophe von Singapur bedeuteten, daß für die Australier der Krieg nun wirklich ernst wurde. Die weiteren Tatsachen, daß die gut ausgerüsteten und ausgebildeten japanischen Truppen in wenigen Monaten Südostasien überrannten, daß japanische Unterseebote in den Hafen von Sidney eindrangen und japanische Bomben auf Darwin im Norden des Kontinents fielen, schufen eine ganz neue Situation. Plötzlich war Australien ins Wasser geworfen worden, und sein Schwimmenkönnen wurde eine Frage auf Leben und Tod. Zugleich aber wandten sich seine Blicke von England, das an so vielen Fronten bedrängt war, auf die Vereinigten Staaten, die offenbar allein Australien vor dem Ertrinken in der Gelben Flut noch bewahren konnten. Beides drückte Ministerpräsident Curtin Ende Dezember 1942 in einem Appell an die USA aus: „Wir sind daher entschlossen, daß Australien nicht untergehen soll, und werden daher alle unsere Energien auf den Entwurf eines Planes richten, in dem die Vereinigten Staaten der entscheidende Faktor sind, und der unserem Land einiges Vertrauen geben wird, daß wir aushalten können, bis sich das wechselnde Schlachtenglück gegen unseren Feind wendet[10]."

[8] Rede im Abgeordnetenhaus in Canberra vom 27. 9. 38. Paul Hasluck, The Government and the People, 1939–1941, Canberra 1952, S. 94.

[9] Winston S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bern 1950, Bd. 3, Zweites Buch, Kap. 2, S. 42–54.

[10] Australia: A Social and Political History of Australia, hrsg. von G. Greenwood, Sydney 1955, S. 397. – Siehe auch Curtins dramatischen Rundfunkappell um Hilfe an das amerikanische Volk vom 14. 3. 42, abgedruckt in: Foreign Policy of Australia: Speeches. Von H. V. Evatt, Sydney 1945, S. 42–46.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Tat, ohne die aktive Hilfe der amerikanischen Flotte und Luftwaffe wäre Australien verloren gewesen. Bald arbeitete die australische Regierung aufs engste mit General MacArthur, dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im südwestpazifischen Gebiet, zusammen. In der Seeschlacht im Korallenmeer am 7. und 8. Mai 1942 besiegten amerikanische und australische Seestreitkräfte die japanische Flotte mit Hilfe von Kampffliegern, die im Nordosten Australiens stationiert waren. Ein Sieg Japans hätte mindestens die Zerstörung der für Australien lebenswichtigen Verbindung mit Amerika bedeutet[11]. Darüber hinaus wurde mit dieser Schlacht das Gespenst einer japanischen Invasion Australiens gebannt, obwohl es keineswegs feststeht, daß die Japaner damals eine solche Invasion wirklich geplant haben, so sehr die japanische Propaganda damit drohte.

Seit diesem Schock betonte die australische Regierung, besonders ihr Außenminister Dr. Evatt, daß Australien eine eigene Rolle innerhalb und außerhalb des British Commonwealth spielen werde. Die australische Regierung entwickelte den neuen Begriff einer „regionalen Verantwortlichkeit". Einzelne Mitglieder des British Commonwealth hätten, so lautete ihre These, ein besonderes Interesse und eine besondere Stellung in einem gegebenen geographischen Gebiet und sollten daher dort die Hauptverantwortung tragen. Während Großbritanniens führende Rolle in Europa liege, solle die Führung im Gebiet des Pazifischen Ozeans Australien zufallen. Der regionale Anzac-Pakt, der im Januar 1944 zwischen Australien und Neuseeland abgeschlossen wurde, wies in die gleiche Richtung. Innerhalb des British Commonwealth wurde diese neue regionale Rolle Australiens auch bald bis zu gewissem Grade anerkannt, denn Australien vertrat z. B. das British Commonwealth im Alliierten Rat in Japan, ein Australier wurde Präsident des „Alliierten Tribunals für Japanische Kriegsverbrechen" und ein anderer Befehlshaber der British-Commonwealth-Besatzungstruppen in Japan.

Auf diesen Ansatz folgend hat die australische Außenpolitik der Nachkriegsjahre eine erstaunliche Ausdehnung ihres Interessengebiets und ihrer Betätigung erfahren. Erst seit dem letzten Weltkrieg ist der diplomatische Dienst Australiens – der Stab des „Department for External Affairs" in Canberra und seine diplomatischen Missionen – voll ausgebaut worden. Heute lassen sich mindestens drei oder vier Hauptfelder unterscheiden, auf denen die australische Außenpolitik in erster Linie operiert.

Australien und Großbritannien

Die Bande zwischen diesen beiden Ländern und ihre militärischen, industriellen, kommerziellen und kulturellen Beziehungen sind noch immer eng. Vielleicht werden sie jetzt von England sogar mehr unterstrichen und kultiviert als vor 1939. Es ist bemerkenswert, daß der Besuch, den Mr. Macmillan Anfang 1958 Australien abstattete, der erste eines amtierenden englischen Ministerpräsidenten in diesem

[11] Vgl. F. C. Jones, Japan's New Order in East Asia. Its Rise and Fall 1937–1945. Oxford 1954. S. 403.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lande war. Die enge Verbundenheit mit dem Mutterland zeigte sich deutlich während der Suezkrise im Herbst 1956, die das australische Publikum stark berührte, schon deshalb, weil ein beträchtlicher Teil des australischen Außenhandels durch den Suezkanal geht[12]. Die Einstellung von Regierung und Opposition folgte dem englischen Muster. Die australische Arbeiterpartei machte sich die Haltung der englischen Labour Party zueigen, erklärte sich gegen die militärische Intervention der Eden-Regierung und wünschte eine Lösung der Suezkrise durch die Vereinten Nationen. Dagegen teilte die australische Regierung nicht nur den Standpunkt des britischen Kabinetts, sondern Ministerpräsident Menzies, der damals in London weilte, spielte auch persönlich eine prominente Rolle auf der Achtzehn-Mächte-Konferenz, die als Reaktion auf die Nationalisierung des Suezkanals durch Präsident Nasser in der englischen Hauptstadt im August 1956 zusammentrat. Er führte die Delegation, die den Standpunkt der Konferenz dem ägyptischen Staatsoberhaupt in Kairo darlegte. Obwohl es der Delegation nicht gelang, Nasser zu einer Anerkennung des Prinzips der internationalen Kontrolle des Suezkanals zu bewegen, erhöhte der Schritt das Prestige des australischen Ministerpräsidenten in weiten Kreisen des englischen Mutterlandes. Auf der anderen Seite steht fest, daß Außenminister Casey mit Rücksicht auf die Beziehungen Australiens zu den Nationen Asiens dem Versuch der Eden-Regierung, das Problem durch militärische Gewalt zu lösen, skeptisch gegenüberstand. Während sich die ägyptische Regierung bei der großen Mehrheit der Australier keiner Beliebtheit erfreute, haben die Wirtschaftskreise die verhältnismäßig rasche Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs durch den Suezkanal mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßt.

Manche Australier sind der Meinung, daß sich unter einer Labourregierung in Canberra die Beziehungen zwischen Australien und England lockern könnten. Dies hat indes wenig Wahrscheinlichkeit, besonders wenn gleichzeitig sozialistische Regierungen in beiden Ländern am Ruder sein sollten. Es ist immerhin bezeichnend, daß Dr. Evatt, der umstrittene Führer der Arbeiterpartei und Leiter der Opposition im Parlament, sich neuerdings für eine Erhöhung der britischen Einwandererzahl auf 60% der Gesamtzahl der Einwanderer eingesetzt hat. Der Erfolg des Besuchs der britischen Königin und des Prinzgemahls vor einigen Jahren bezeugte deutlich, daß die Beziehungen zwischen den beiden Nationen keineswegs nur auf politischer oder wirtschaftlicher Berechnung beruhen. Gewiß sprechen die Australier von den Engländern, die gerade aus dem Mutterland kommen, mit leichtem Spott als von „pommies" („Menschen mit frischen Wangen"). Umgekehrt schrieb H. D. Lawrence nach seinem Besuch Australiens kritisch über eine Nation, die von den traditionellen Spielregeln des Mutterlandes abwich und deren Menschen „eine aggressive Vertraulichkeit" an den Tag legten – die dem englischen Beobachter un-

[12] Der Anteil der australischen Ausfuhr, die unmittelbar vor der Krise durch den Kanal ging, betrug 43% der australischen Gesamtausfuhr. Dagegen belief sich die australische Einfuhr durch den Suezkanal nur auf etwa 12% der Gesamteinfuhr des Landes. Siehe die lehrreiche Schrift von W. Woodruff und L. McGregor, The Suez Canal and the Australian Economy, Melbourne 1957, S. 10.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewohnt und wohl auch unsympathisch war[13]. Aber noch heute sprechen häufig Australier, die vielleicht zum erstenmal in ihrem Leben nach England reisen, von „going home", vom Besuch in der Heimat.

Wie die British Commonwealth-Konferenzen der Ministerpräsidenten in den letzten Jahren deutlich erkennen ließen, gehört Australien mit Neuseeland und Kanada zu einer Gruppe, bei der die Mitgliedschaft im Commonwealth, zum Unterschied von den asiatischen Mitgliedern und von Ghana, nicht nur durch nüchterne Interessen ökonomischer und zum Teil militärischer Natur bestimmt ist, sondern auch emotionell durch die gemeinsame Abstammung des Großteils der Bevölkerung und eine gemeinsame Geschichte getragen wird. Auf der anderen Seite hat sich Ministerpräsident Menzies sehr darum bemüht, diese Konferenzen so praktisch wie möglich zu gestalten und sie der heutigen Struktur und den heutigen Aufgaben dieses zwischenstaatlichen Zweckverbandes anzupassen. Er hat z. B. zur Zeit der Londoner Commonwealth-Konferenz vom Sommer 1956 in einem vielbeachteten Artikel in der „Times" vorgeschlagen, daß diese regelmäßigen Konferenzen der Ministerpräsidenten durch gelegentliche ad hoc-Treffen von Fachministern für einen bestimmten funktionellen Zweck ergänzt werden sollten[14]. Ein Jahr danach machte der kanadische Ministerpräsident Diefenbaker auf der Commonwealth-Konferenz in London vom Juni/Juli 1957 einen ähnlichen Vorschlag. Er regte nämlich eine besondere Handels- und Wirtschaftskonferenz der Commonwealth-Länder an, die dann auch unter allseitiger Entsendung von Fachministern im September 1958 in Montreal stattfand.

In der Betonung der Bedeutung des British Commonwealth als eines friedlichen und konstruktiven Faktors in der Weltpolitik sind sich Menzies und sein Gegenspieler Dr. Evatt wohl einig. Evatt hat wiederholt seine Sympathie für die jüngsten, nun selbständigen Mitglieder des Commonwealth in Asien und Afrika wie die Föderation von Malaya und Ghana bekundet und die Hoffnung ausgedrückt, daß ihr Kreis bald durch andere bisherige britische Kolonien wie z. B. Nigeria und Cypern vergrößert werde[15].

Australien und die Vereinten Nationen

Das neue Bewußtsein einer eigenen Rolle, der Position einer mittleren Macht, fand zwischen 1945 und 1949 einen markanten Ausdruck in der Einstellung der australischen Labour-Regierung zu den Vereinten Nationen. Es ist kein Zufall, daß Außenminister Dr. Evatt, dieser intensive und selbstbewußte Vorkämpfer einer Weltreform durch die UNO, 1948/49 Präsident ihrer Vollversammlung war. Dr. Evatt hoffte damals, die mittleren und kleinen Mächte könnten in den Verein-

[13] Siehe den Roman „Kangaroo" von H. D. Lawrence. Zuerst 1923 veröffentlicht, ist das Buch jetzt auch in einer Ausgabe der Penguin Books, London 1950, zugänglich.

[14] Siehe den Artikel von Professor Fred Alexander, The 1956 Commonwealth Conference, The Australian Quarterly, Bd. XXVII, Nr. 3, Sept. 1956, S. 14.

[15] Diese Ideen hat Dr. Evatt z. B. in einem Interview ausgedrückt, das er zu Beginn des Jahres 1959 einem Vertreter der Londoner Zeitung „News Chronicle" gewährte.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Nationen Einfluß gewinnen, wenn sie sich unabhängig von den Großmächten hielten. Evatt glaubte an die Mittlerrolle dieser Nicht-Großmächte und versuchte eine solche z. B. während der Krise um die Berliner Blockade 1948 zu erreichen. Als Präsident der Vollversammlung richtete er am 13. November 1948 gemeinsam mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, eine schriftliche Aufforderung an die beteiligten Großmächte, sich über ihre Differenzen zu einigen und den Streit beizulegen. Der Brief tadelte keine der an diesem Konflikt beteiligten Mächte, sondern nahm eine neutrale bzw. opportunistische Haltung ein[16]. Der Wunsch, zu vermitteln, ist noch heute für die außenpolitische Linie Evatts weitgehend charakteristisch. Denn auch jetzt in der Opposition verkündet er den Glauben an die ausgleichende und vermittelnde Funktion der Vereinten Nationen. Die australischen Kritiker der Außenpolitik Evatts von 1948 schalten sie unrealistisch und zu ehrgeizig. Die Verschärfung des Kalten Krieges schien ihnen bald recht zu geben. Als 1949 das bürgerliche Kabinett Menzies-Spender das sozialistische von Chiefley und Evatt ablöste, wurde seine Politik gegenüber den Vereinten Nationen vorsichtiger und zurückhaltender – eine Politik ohne utopische Hoffnungen.

Australien und Asien

Der Optimismus und Idealismus der australischen Labour-Regierung bestimmte nach dem zweiten Weltkrieg auch ihre Haltung zu den neuerwachenden Staaten und Nationen von Südostasien, die, wie Indien, Pakistan, Burma und Indonesien, damals ihre Unabhängigkeit gewannen. Die australische Arbeiterbewegung hatte immer den „Imperialismus" der westlichen Mächte beklagt und die Ausbeutung der Kolonialvölker verworfen, was sie aber keineswegs hinderte, aus bevölkerungs- und lohnpolitischen Gründen an der exklusiven „Weißen Politik" für Australien festzuhalten. Im Februar 1947 erklärte Außenminister Evatt: „In dem gleichen Grade, in dem die Völker von Südostasien anfangen, von den Entscheidungen europäischer Regierungen unabhängig zu werden, wächst Australiens Interesse an den Entwicklungen in Südostasien. Wir müssen auf einen harmonischen Zusammenschluß demokratischer Staaten im Gebiet von Südostasien hinarbeiten, und wir sehen in der Entfaltung ihrer politischen Mündigkeit die Chance für eine bedeutend größere politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit" mit ihnen[17]. Dieses Programm suchte Dr. Evatt in die Tat umzusetzen. Als es im Juli 1947 in Niederländisch-Ostindien zu militärischen Kämpfen zwischen Holländern und Eingeborenen kam und Australien und Indien die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat brachten, ernannte Indonesien Australien zu seinem Fürsprecher im Vermittlungsausschuß. Die Haltung Australiens war damals sehr verschieden von der Großbritanniens, das zugunsten Hollands Stellung nahm. Und als im Dezember 1948 nach der sogenannten zweiten holländischen „Polizeiaktion" die Angelegenheit er-

[16] Australia in World Affairs 1950–1955, Kap. 3, S. 113. Dieses wertvolle Kapitel über „Australien und die Vereinten Nationen" ist von Geoffrey Sawer.

[17] Australia, A Social and Political History (vgl. Anm. 10), S. 400.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neut vor den Sicherheitsrat kam, kritisierten die Vertreter Australiens die holländische Aktion scharf und zeigten sich über die Einstellung der Indonesier und über den starken Anhang, den der damals verhaftete republikanische Führer Soekarno sowie andere indonesische Nationalisten im Lande besaßen, ausgezeichnet unterrichtet[18].

Trotzdem haben sich die Beziehungen zwischen der neuen Republik von Indonesien und Australien nicht so herzlich gestaltet, wie manche es vor zehn Jahren erhofften. Dies ist teilweise das Resultat des starken kommunistischen Einflusses in Indonesien, der vielen Australiern gefährlich erscheint, vor allem aber eine Rückwirkung des indonesischen Anspruchs auf Holländisch-Neuguinea, auf den noch zurückzukommen sein wird. Man kann ganz allgemein sagen, daß nach kurzen Flitterwochen in den Beziehungen der neuen Staaten zu Australien eine gewisse Ernüchterung eingetreten ist, je mehr der komplexe Charakter dieser Beziehungen offensichtlich wurde. Wohl wird die Notwendigkeit enger und freundlicher Bande mit den neuen Staaten Asiens von der Regierung wie von der Opposition in Canberra anerkannt und betont. Daneben steht jedoch die nüchterne Erkenntnis, die Außenminister Casey in einer Parlamentsrede im Oktober 1954 in die Worte faßte: „Statt in einer ruhigen Ecke des Globus leben wir jetzt am Rande der am wenigsten stabilen Region der Welt[19]."

So hat sich die Haltung Australiens zu der neuen Welt in Asien in einer Richtung entwickelt, hinter der „eine Hoffnung und eine doppelte Furcht stehen"[20]. Die Hoffnung liegt darin, daß der asiatische Nationalismus, dem viele Australier wohlwollend gegenüberstehen, den neuen Nationalstaaten Ordnung und Frieden bringen werde. Von der zwiefachen Furcht ist die eine alt, nämlich die, daß Japan zu stark und damit wiederum eine Gefahr für Australien werden könnte. Die andere Furcht ist neu und geht dahin, daß sich in der Entwicklung jener Staaten der Kommunismus stärker erweisen könnte als ihr Nationalismus.

Dementsprechend war für Australien das Hauptmotiv für die Konzeption des Colombo-Plans der Wille, den neuen asiatischen Nationen zu helfen und eine Brücke zu ihnen zu schlagen, während die doppelte Furcht vor der Wiederkehr eines nationalistischen Japan bzw. vor dem Vordringen des Kommunismus in Asien es zur Beteiligung an einer Reihe von regionalen Sicherheitspakten trieb. Ehe wir auf die Rolle Australiens beim Colombo-Plan und bei diesen Sicherheitsvereinbarungen eingehen, sei noch auf einen bezeichnenden sprachlichen Begriffswandel hingewiesen. Es ist interessant, daß die Region, die traditionell in Australien wie in England als „The Far East" („der Ferne Osten") bezeichnet wurde, jetzt in Australien häufig „The Near North" („der Nahe Norden") genannt wird. Das heißt, daß

[18] Australia in World Affairs, Kap. 3, S. 108f. In der Folgezeit haben indonesische Studenten mir gegenüber oft ihrer Bewunderung für Dr. Evatt Ausdruck gegeben.

[19] „Commonwealth of Australia, Parliamentary Debates, House of Representatives (Hansard)", 27. 10. 54, Bd. 5, S. 2382.

[20] Nach der treffenden Formulierung von C. P. Fitzgerald, in: Australia in World Affairs, Kap. 6, S. 201.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

immer mehr Australier die Bedeutung der Existenz von etwa 1500 Millionen Menschen in Asien erkennen, die weitgehend zum Bewußtsein der eigenen Existenz und der eigenen Aufgabe gelangt sind.

Australien und der Colombo-Plan

Reiner Altruismus ist selten Triebfeder in den Beziehungen der Völker. Im besten Fall erwachsen aus staatsmännischem Weitblick und wohlverstandenem Staatsinteresse ein Verständnis für die Entwicklung und die Bedürfnisse anderer Nationen und der Wille, sie zu fördern. In diesem Sinne ist es bezeichnend, daß ein australischer Staatsmann, der damalige Außenminister Percy Spender, auf der Konferenz der Außenminister des British Commonwealth in Colombo im Januar 1950 den Vorschlag einer gemeinsamen Aktion zur Hebung des Lebensstandards und der Wirtschaft der Völker Süd- und Südostasiens machte. Aus diesem Vorschlag erwuchs der Colombo-Plan.

Die Gründe für die Konzeption des Colombo-Plans und für Australiens sehr aktive Beteiligung daran auf der Grundlage eines konstruktiv aufgefaßten Eigeninteresses sind damals von Mr. Casey klar formuliert worden. „Keine Nation" – so sagte er im März 1950 im Parlament – „kann sich den geographischen Gegebenheiten entziehen. Wir leben Schulter an Schulter mit den Ländern Süd- und Südostasiens und wünschen in einem Verhältnis guter Nachbarschaft mit ihnen zu leben. Es liegt vor allem in unserem Interesse, Handels- und andere Beziehungen mit ihnen zu unterhalten und ihnen jede Unterstützung zu leihen, die in unserer Macht steht. Wir wollen ihnen ermöglichen, stabile und demokratische Regierungen am Ruder zu halten und die materielle Wohlfahrt ihrer Völker zu fördern. Indem wir dies tun, denken wir auf weite Sicht hin. Wir wollen ihnen helfen, sich selbst und uns mit der besten Verteidigung gegen ein erfolgreiches Vordringen des kommunistischen Imperialismus auszustatten[21]." Mit anderen Worten, der Colombo-Plan bedeutet eine Politik des guten Willens der Gebernationen gegenüber den Empfängernationen, aus welcher beide Nutzen ziehen sollen.

Im Rahmen dieser Ausführungen ist es nicht möglich, auf alle Einzelheiten des Colombo-Plans einzugehen. Ursprünglich nur für Mitgliedstaaten des British Commonwealth in Asien bestimmt, wurde sein Bereich allmählich auf andere Länder Asiens ausgedehnt. Nachdem 1951 die USA ihren Beitritt erklärt hatten, wurden darin noch im gleichen Jahr Vietnam und Cambodia, 1952 Burma und Nepal, 1953 Indonesien, 1954 die Philippinen und Siam oder Thailand und 1955 Laos einbezogen[22]. Heute umfassen die dreizehn Empfängernationen alle antikommunistischen Staaten von Süd- und Südostasien, während die Gebernationen sowohl die USA, Großbritannien und Frankreich als auch die beiden kleineren Mächte im Pazifik, Australien und Neuseeland, einschließen.

Vom Standpunkt der politischen Ideologie fällt beim Colombo-Projekt eine gewisse Mannigfaltigkeit auf. Staaten, die den Militärbündnissen von NATO und SEATO

[21] „Parliamentary Debates, H. o. R. (Hansard)", 9. 5. 50, Bd. 206, S. 628.

[22] Australia in World Affairs, Kap. 4, S. 144.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

angehören, haben sich hier mit ausgesprochen neutralistischen Nationen wie Indien und Indonesien zusammengetan. Parlamentarische Demokratien sind mit mehr oder minder wohlwollenden Diktaturen wie Thailand vereinigt, und politische Systeme, die eine traditionelle Stabilität aufweisen, reihen sich an Neukömmlinge, deren politisches Leben noch unter mangelnder Reife leidet[23].

Vielleicht haben alle diese Staaten nur einen Punkt gemeinsam, den negativen nämlich, daß sie außerhalb des kommunistischen Lagers stehen. Jedenfalls aber sind die Leistungen der Gebernationen unter dem Colombo-Plan beachtlich. Der Bericht darüber für das Jahr von Juli 1956 bis Juni 1957 zeigt, daß die sechs Gebernationen etwa eine Milliarde Dollar an Beihilfe aufbrachten, einen Betrag, mit dem ihre Gesamtleistungen seit Beginn des Plans $3^1/_2$ Milliarden Dollar erreichten.

Australien hat tätigen Anteil an den zwei verschiedenen, aber koordinierten Teilprojekten des Colombo-Plans genommen, an dem Programm für die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Länder und an dem Programm für technologische Zusammenarbeit und Beihilfe. Gemessen an den enormen Bedürfnissen der asiatischen Empfängernationen ist der finanzielle Beitrag von $31^1/_4$ Millionen australischen Pfund (ungefähr $281^1/_4$ Millionen DM), den Australien auf sechs Jahre verteilt leistet, gewiß bescheiden, vom Standpunkt des australischen Steuerzahlers jedoch ist er beträchtlich[24]. Wir wissen, daß in den ersten Jahren des Plans, d. h. bis Ende 1955, ungefähr 60% des australischen Finanzbeitrages auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Elektrizität der Empfangsländer entfielen, 22% auf das Transportwesen und 11% auf den Ausbau von Telefon, Telegrafie und Rundfunkanlagen. Von noch größerer Bedeutung wurde die gewährte technische Unterstützung. Diese erfolgte von seiten Australiens in doppelter Form: 1. durch die Entsendung von Experten für Lehr- und Beratungszwecke, 2. durch das Angebot von Fachpublikationen und technischem Inventar für Forschungs- und Lehrzwecke. In den Jahren von 1951 bis 1957 sind 259 australische Experten nach Asien entsandt worden, darunter viele leitende Mediziner. 30 weitere Experten haben die Empfangsländer besucht, um die australische Regierung über die dortigen Bedürfnisse zu unterrichten[25]. Von den etwa 13 000 asiatischen Studenten, die in den Ländern der Gebernationen ausgebildet wurden, entfielen über 2000 auf Australien[26], ein Viertel kam aus Indonesien.

Um ein konkretes Beispiel dafür zu geben, was Australien für die Länder Asiens tut, sei seine Beihilfe für Indien erwähnt. Der Zweite Indische Fünfjahrplan sieht einen Ausbau der indischen Eisenbahnen vor. Sie sollen ihren Güterverkehr um 50%, ihren Personenverkehr um 15% steigern. Zu diesem Zwecke wird Australien 2000 Güterwagen und 24 Personenwagen liefern, die fast 5 Millionen australische

[23] Vgl. Creighton Burns, The Colombo Plan and Australian Foreign Policy, in: „The Australian Outlook", Bd. 12, Nr. 1, März 1958, S. 40.

[24] Australia in World Affairs, Kap. 4, S. 145.

[25] „Current Notes on International Affairs", (Canberra), Bd. 29, Nr. 1, Jan. 1958, S. 23.

[26] Erklärung von Außenminister R. G. Casey zum Jahresbericht des Colombo-Plans am 18. 12. 57, „Current Notes on International Affairs", Bd. 28, Nr. 12, Dez. 1957, S. 279–380.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Pfund oder etwa 45 Millionen DM kosten. Hinzu kommen Beiträge wie Rundfunkanlagen für den Rundfunk All India (von fast 1 Million Pfund), Mehllieferungen im Werte von 3,7 Millionen Pfund, Baggermaschinen in Verbindung mit einem großen Dammprojekt, die 664 000 Pfund, und Elektrizitätsanlagen, die über $^1/_2$ Million Pfund erfordern. Im ganzen hat sich Australien zur Leistung einer Beihilfe an Indien im Werte von 10,3 Millionen Pfund verpflichtet.

Im Rahmen der technischen Beihilfe für Lehr- und Forschungszwecke hat Australien u. a. Wanderkinos sowie Ausstattungen für Forschungs- und technische Institute zur Verfügung gestellt. 250 indische Studenten sind bisher auf australischen Universitäten ausgebildet worden, die meisten auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Ingenieurwesens, der Krankenpflege und der Ernährungskunde. Der Gesamtaufwand Australiens für Indien unter dem Colombo-Plan betrug bis Ende 1957 9352511 Pfund, von denen etwas unter einer halben Million auf die technische Beihilfe entfiel[27].

Zweifellos haben diese Leistungen, auch wenn sie, wie etwa im Falle Indiens, nicht mehr als eine Geste, einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten, zu einer Annäherung zwischen Australien und den asiatischen Empfängernationen geführt. Neue Beziehungen haben sich dadurch eröffnet, und auf beiden Seiten ist der Wunsch nach größerer Vertrautheit miteinander, nach besserem Verstehen erwachsen. In Australien nimmt das Interesse an den Sprachen und Kulturen Asiens ständig zu. So wurde kürzlich an der Universität Sydney eine Abteilung für Indonesische und Malaiische Studien geschaffen und mit einem holländischen Gelehrten als Leiter besetzt. Auch das Interesse am Studium des Chinesischen und Japanischen steigt. Japanisch ist heute in Sydney ein Wahlfach beim Abitur der Schulen. Freilich dürfen asiatische Studenten, die in Australien ausgebildet wurden, dort nicht bleiben; denn es herrscht noch immer die Politik des „Weißen Australien". Es ist daher verständlich, daß sich vor einigen Jahren der damalige indische Hochkommissar in Canberra, Genral Cariappa, übrigens ein überzeugter Anhänger des British Commonwealth, über diese Beschränkungen für Nichteuropäer mit den Worten beschwerte: „Wir gehören zwar zur Familie, und doch sind wir hier nicht erwünscht"[28].

Probleme der regionalen Sicherheit

Die Notwendigkeit, für den Fall eines Angriffs durch feindliche Mächte Sicherungen zu erlangen und Bündnisse mit befreundeten Mächten einzugehen, ergibt sich für Australien durch eine einfache Überlegung, die Außenminister Casey vor einigen Jahren wie folgt formuliert hat: „170 Millionen Asiaten leben innerhalb eines Halbkreises von rund 3000 km von Darwin" (der nördlichsten Stadt Australiens). „In diesen asiatischen Ländern nordwestlich von Australien wird der größte

[27] Für die australischen Lieferungen an Indien siehe „Current Notes on International Affairs", Bd. 29, Nr. 1, S. 26.

[28] Er tat diese Äußerung auf einer Pressekonferenz in Brisbane im Juni 1954: Australia in World Affairs, Kap. 7, S. 268.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teil der Bestände von Tee, Gummi, Reis und von anderen wichtigen Gütern produziert. Diese Region bildet auch den offensichtlichsten Weg für einen politischen Angriff auf Australien[29]." Damit war auf eine Verteidigungslücke hingewiesen worden, die es zu schließen galt. Zudem haben die Selbständigkeit von Indien und Pakistan, der neue Kurs der Regierung Bandaranaike in Ceylon, demzufolge Großbritannien seine Flottenstützpunkte in diesem Land aufgeben mußte, sowie die Evakuierung der Suezzone und die Ägyptisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft durch Nasser eine veränderte Situation geschaffen, zu der möglicherweise noch Schwierigkeiten kommen, die aus der neuen autonomen Position von Singapur und der Unabhängigkeit der Föderation von Malaya erwachsen können[30].

Militärische Sicherheit, soweit sie im Zeitalter der Kernwaffen und der interkontinentalen Geschosse überhaupt möglich erscheint, Sicherheit wenigstens gegen einen nicht atomaren Angriff, ist für Australien im Grunde nur durch enge Zusammenarbeit mit den USA erreichbar. Die Vereinigten Staaten wurden daher auch ein Hauptpartner in den zwei wichtigsten regionalen Pakten, die Australien abgeschlossen hat, dem ANZUS-Pakt von 1951 und dem viel weiterreichenden SEATO-Pakt von 1954. Der ANZUS-Pakt, der nur die USA, Australien und Neuseeland umschließt, entstand als ein Nebenprodukt des Friedensvertrages der Alliierten mit Japan oder, besser gesagt, als eine amerikanische Konzession, um die Zustimmung der beiden pazifischen Staaten zu diesem Friedensvertrag zu erhalten, von dem H. V. Evatt erklärte, er mute „wie Hohn" an. Der ANZUS-Pakt sollte eine Sicherung für Australien gegen jene doppelte Gefahr schaffen, die japanische und die kommunistische, die seit dem Krieg in Korea bedrohlicher geworden war.

Während die Labour-Opposition im australischen Parlament sich scharf gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Japan in San Franzisco im September 1951 wandte und auch die Regierung ihm nur zögernd zustimmte, wurde der ANZUS-Pakt von allen Parteien in Canberra begrüßt und angenommen. Allerdings sind die Hauptbestimmungen dieses Pakts weniger präzis, als manche Australier es wünschten. Entscheidend ist Artikel 4, demzufolge „jeder Partner anerkennt, daß ein bewaffneter Angriff auf einen der Partner eine Gefahr für seinen eigenen Frieden und seine eigene Sicherheit darstellt, und daher erklärt, daß er Schritte treffen würde, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen, in Einklang mit den Bedingungen, die zu einem solchen Schritt in der Verfassung des Landes vorgesehen sind". (Ein Hinweis auf die konstitutionelle Rolle des amerikanischen Kongresses[31].)

Die Tatsache, daß infolge der ablehnenden Haltung der USA England am ANZUS-Pakt nicht beteiligt wurde, führte zu lebhafter Kritik in Australien wie auch in Großbritannien. Um so freudiger begrüßten es daher weite Kreise in beiden Ländern, daß der spätere SEATO-Vertrag vom September 1954 nicht nur die drei Signatare des ANZUS-Vertrages, sondern auch Großbritannien, Frankreich

[29] Rede vom 10. 8. 54, „Current Notes on International Affairs", Bd. 25, S. 580.

[30] Vgl. N. Harper, Australia and the Regional Pacts, 1950–1957 a. a. O. (Anm. 3), S. 4.

[31] Australia in World Affairs, Kap. 6, S. 208.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und einige asiatische Staaten umfaßte. Hier interessiert uns dieser südostasiatische kollektive Verteidigungspakt nur in bezug auf Australiens Haltung und Position.

Gewiß waren von Anfang an manche Kreise in Australien über die beschränkte Zahl der asiatischen Mitglieder des Paktes enttäuscht. Sie hatten gehofft, daß auch Staaten wie Indien und Indonesien teilnehmen würden, aber diese lehnten es ab, einer Vereinbarung beizutreten, die sich in ihren Augen einseitig gegen den Kommunismus richtete. Bei den ersten Verhandlungen in Manila hatten die australilischen Vertreter wie auch die meisten anderen Delegationen gewünscht, daß der Pakt ein gemeinsames Handeln gegen jede Form von Aggression ermöglichen solle, woher diese auch komme, aber die Amerikaner bestanden darauf, daß der Bündnisfall auf kommunistische Mächte und Kräfte beschränkt bleibe[32]. Die Hauptschwäche von SEATO liegt zweifellos in seiner begrenzten asiatischen Mitgliedschaft. Wie Mrs. Pandit, die geistreiche Schwester von Nehru, es etwas überspitzt formulierte: SEATO sei „eine südostasiatische Allianz ohne Südostasien". Von den drei asiatischen Mitgliedern kommt in der Tat nur Pakistan militärische Bedeutung zu. Außerdem ist Großbritannien weit weg und zu stark anderweitig engagiert, um militärisch hier sehr ins Gewicht zu fallen. So bleibt das Schwergewicht von SEATO bei den Vereinigten Staaten. SEATO's wirksamer militärischer Faktor ist heute die Siebente Amerikanische Flotte, stationiert in Manila auf den Philippinen und ausgestattet mit Kernwaffen, Lenkgeschossen sowie Flugzeugen mit Überschallgeschwindigkeit[33].

Aber trotz seiner Unvollkommenheiten stellt der SEATO-Pakt für Australien „eine Rückversicherung und ein Instrument der Abschreckung" dar (Casey). Zum erstenmal in seiner Geschichte hat sich Australien in Friedenszeiten entschlossen, Truppen außerhalb des Kontinents zu stationieren. Seit Frühjahr 1955 befinden sich australische Soldaten in Malaya als Teil der British-Commonwealth-Reserve-Truppe. Dies bedeutet eine Verstärkung der dortigen Landstreitkräfte, die für Zwecke der SEATO zur Verfügung stehen. Übrigens wurde diese Aufgabe von Australien erst nach vorheriger Beratung der Regierung mit der amerikanischen übernommen. Bezeichnend und vom australischen Standpunkt bedeutsam ist, daß auf der Tagung der SEATO-Mächte in Canberra im März 1957 Mr. Dulles erklärte, Australien werde sich im Pazifischen Raum im Falle eines Krieges niemals isoliert finden[34].

Viele Australier sind der Meinung, daß die Existenz von SEATO in der Tat als Abschreckungsmittel gegen kommunistische Aggressionen gewirkt und daß sie geholfen hat, die gefährliche Lage, die sich durch den Rückzug der Franzosen aus Indochina im Jahre 1954 und dem Sieg der Viet Minh in Südostasien ergab, zu korrigieren und zu stabilisieren. Nach dieser Auffassung hat „SEATO den Preis für weitere militärische Abenteuer der Kommunisten zu sehr verteuert". SEATO's Abwehr gegen den Kommunismus in Asien beschränkt sich jedoch keineswegs auf bloße militärische Verteidigung, sondern erstreckt sich auch auf das psychologisch-

[32] Harper a. a. O., S. 12f.
[33] Harper a. a. O., S. 19.
[34] Harper a. a. O., S. 16

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politische Feld, das Gebiet der „political warfare". In den letzten Jahren rückte namentlich die Bekämpfung der Infiltration des Kommunismus in eine Reihe nicht direkt politischer Organisationen in Südostasien, wie Jugendvereine, Gewerkschaften und kulturelle Vereinigungen, in den Vordergrund. Wie Mr. Casey im Parlament erklärte, liegt die Gefahr des Kommunismus in Asien heute weit mehr in einer Subversion, einer Unterminierung von innen als in einem militärischen Angriff von außen. Kommunistische Infiltration war auch das Hauptthema auf der letzten SEATO-Tagung in Manila im März 1958. Dort verglich der australische Außenminister die kommunistische Wühlarbeit in Asien mit einer Schlange in einem dunklen Zimmer. SEATO habe die Aufgabe, das Licht anzudrehen. Zwar müsse der Mann in dem Zimmer dann immer noch selber die Schlange unschädlich machen, aber er habe eine weit bessere Chance dafür, wenn er sie sehen könne[35].

Natürlich fehlt es auch in Australien nicht an Kritikern von SEATO. Manche Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, Australien sollte mehr Geld für den Colombo-Plan und weniger für SEATO verwenden. Dr. Evatt kritisierte im Parlament, daß die Regierung 3 Millionen Pfund für Kriegszwecke der SEATO ausgebe, statt für Wohlfahrtszwecke. „Wir sind nicht gegen SEATO im Prinzip", so sagte er, „aber diese Organisation sollte mehr den Nachdruck auf wirtschaftliche Hilfe und auf Vermittlung zwischen den Völkern, statt auf militärische Zwecke legen[36]." Man kann daraus vielleicht entnehmen, daß eine australische Labour-Regierung die außermilitärischen Möglichkeiten von SEATO stärker betonen würde[37]. Aber auch Dr. Evatt weiß, daß Australien auf Amerika angewiesen bleibt und sich keine Außenpolitik leisten kann, die der amerikanischen entgegengesetzt ist. Und so sehr auch Dr. Evatt Verständnis und Sympathie für Nehrus Neutralismus hat, so sehr würde auch er als Ministerpräsident mit den geopolitischen Tatsachen rechnen müssen. Auch ist nicht zu verkennen, daß selbst Länder wie Indien, Burma und Ceylon, die sich ablehnend gegenüber SEATO verhalten, nicht ungern die de-facto-Sicherheit annehmen, die nur SEATO ihnen ermöglicht, ohne daß sie irgendeinen Beitrag dafür leisten.

Als im April 1955 auf der Konferenz von Bandung (Indonesien) eine neue Gruppierung von 25 Staaten Asiens und Afrikas sichtbar wurde, diskutierte man in Australien vielfach die Frage, warum Australien als Nachbar Asiens nicht eingeladen worden sei. Die Tatsache, daß Australien nicht zu dieser Verbindung der neuen Nationen der beiden Kontinente gehört, sollte nicht überschätzt werden. Denn Australien unterhält durch die geschickte Taktik seines Außenministers heute aus-

[35] In der außenpolitischen Debatte im Abgeordnetenhaus am 15. 4. 58. Siehe „Parliamentary Debates (Hansard)", Twenty-Second Parliament, Third Session 1958, S. 868.

[36] In der Debatte am 15. 4. 54, a. a. O., S. 277.

[37] Bezeichnend dafür ist die Forderung von Mr. Creighton Burns (a. a. O., – vgl. Anm. 20 –, S. 47 f.), daß Australien seinen Beitrag unter dem Colombo-Plan von 0,1% auf 1% seines Nationaleinkommens erhöhen solle, um reicheren Nationen ein Beispiel zu geben, während er sich für eine Revision der australischen Politik gegenüber SEATO mit den Worten aussprach: „Es ist zwecklos unsere Außenpolitik auf etwas zu basieren, das tatsächlich den meisten asiatischen Ländern verhaßt ist."

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gezeichnete Beziehungen mit den Staaten, die in der Bandung-Gruppe führend sind, wie Indien, Pakistan und Ceylon. Auch hat sich wohl die Rolle der Bandung-Gruppe als politischer Faktor im Weltgeschehen als nicht ganz so bedeutsam erwiesen, wie man nach der Konferenz von 1955 annahm. Zudem wird die Idee einer „dritten Kraft", einer Zwischenstellung zwischen dem amerikanischen und dem sowjetrussischen Riesen, gerade von denjenigen Mächten betont, die sowohl der Bandung-Gruppe wie dem British Commonwealth angehören, und diese Idee hat auch bei denkenden Menschen in Australien viel Anklang gefunden.

In Südostasien hat Australien die britische Politik, die im August 1957 zur Gründung einer selbständigen Föderation von Malaya führte und Singapur eine weitgehende Unabhängigkeit zugestand, von Anfang an unterstützt. Es ist gewiß bezeichnend, daß im ersten Jahr des Bestehens der neuen Föderation von Malaya nicht weniger als vier Mitglieder des australischen Kabinetts sie besuchten, nämlich neben Außenminister Casey der Handelsminister, der Minister für Luftfahrt und der Landwirtschaftsminister. Auf den ausdrücklichen Wunsch der neuen Regierung von Malaya blieben australische Truppen weiterhin dort stationiert, um am Einsatz gegen kommunistische Partisanen teilzunehmen.

Die engen Beziehungen zwischen den beiden Staaten spiegelte auch das Handelsabkommen wider, das ihre Vertreter in Kuala Lumpur im August 1958 abschlossen. Es legte u. a. fest, daß Australien keine Einfuhrzölle auf natürlichen Gummi und auf Zinn aus Malaya erhebt. Die Föderation verpflichtete sich ihrerseits, jährlich mindestens 80 000 Tonnen australisches Mehl zollfrei zu importieren, die bestehenden Präferenzen für australische Trockenmilch, Baumwolle und Konservenfrüchte beizubehalten und keine Einfuhrzölle auf unverarbeitetes Holz aus Australien zu erheben. Auch haben die Lieferungen Australiens an Malaya unter dem Colombo-Plan zur Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beigetragen. Zudem studieren unter diesem Plan, abgesehen von Indonesien, mehr Studenten aus Malaya in Australien als aus irgendeinem anderen asiatischen Land, und ihre Zahl dürfte sich in Zukunft noch erhöhen[38].

Australien und China

Eines der wichtigsten Probleme für die Außenpolitik Australiens ist seine Stellung zu China. Auch hierüber sind Regierung und Opposition geteilter Meinung. Aber auch in dieser Frage macht sich der amerikanische Einfluß geltend, und es ist beachtlich, daß die Regierungspolitik bisher der amerikanischen Haltung und nicht der britischen folgte. Als sich im Jahre 1949 das kommunistische Regime in Peking festgesetzt hatte, war die damalige australische Labour-Regierung einer diplomatischen Anerkennung der neuen Volksrepublik nicht abgeneigt. Bevor noch eine Entscheidung getroffen wurde, kamen jedoch Neuwahlen, die zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung unter Mr. Menzies führten, welche noch heute am Ruder ist. Auch sie erwog zunächst eine Anerkennung des neuen Regimes in

[38] Siehe den Artikel „Federation of Malaya: Development since Independence" in: Current Notes on International Affairs, Bd. 29, Nr. 10, Okt. 1958, S. 611–20.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

China und wollte diese langsam in zwei Phasen durchführen. Es war beabsichtigt, erst mit der Tschiang-Kai-shek-Regierung in Formosa zu brechen und danach Rotchina anzuerkennen[39]. Aber dessen plötzlicher Angriff in Korea im Jahre 1950 warf solche Pläne über den Haufen. Bis zum heutigen Tage erkennt Australien die nationale Regierung von Tschiang-Kai-shek auf Formosa als die einzige Regierung Chinas an und unterhält, wie die USA, keine offiziellen Beziehungen mit der kommunistischen Volksrepublik[40]. Während Großbritannien seit Jahren durch einen Geschäftsträger in Peking und die chinesische Volksrepublik durch einen Geschäftsträger in London vertreten ist, hält sich in Canberra zwar ein Geschäftsträger der nationalchinesischen Regierung von Formosa auf, aber umgekehrt gibt es keine australische Vertretung in Taipeh.

In den letzten Jahren hat jedoch eine ganze Reihe australischer Delegationen Rotchina besucht, und viele der Besucher waren stark von der rapiden Industrialisierung des riesigen Landes und von den Anstrengungen der Regierung beeindruckt, durch Planung auf lange Sicht den Lebensstandard der Massen zu erhöhen Gewerkschaftler, protestantische Geistliche, Universitätsprofessoren, die die Volksrepublik besuchten, sprachen sich nach ihrer Rückkehr vielfach für eine diplomatische Anerkennung des Peking-Regimes und für normale Beziehungen mit ihm aus. Andererseits bleibt bei vielen Anhängern der gegenwärtigen Regierungsparteien und auch bei manchen katholischen Sozialisten die Furcht vor einem möglichen Expansionsdrang dieser kommunistisch-atheistischen Macht bestehen.

Es mehren sich indessen in Australien gewichtige Stimmen, die nicht aus Sympathie, sondern aus nüchterner Überlegung heraus eine de-jure-Anerkennung der chinesischen Volksrepublik verlangen. So vertritt ein namhafter Nationalökonom und früherer Diplomat wie Sir Douglas Copland die Meinung, daß „der Einfluß Chinas, das heute nach 40 Jahren interner Kontroversen und Dispute regeneriert" sei, „größer als jeder andere Einfluß auf die Regierungen Asiens sein wird[41]". Er weist darauf hin, daß die jährliche Vermehrung der Bevölkerung der chinesischen Volksrepublik ungefähr so groß sei wie die gegenwärtige Bevölkerung Australiens insgesamt. Die Tüchtigkeit der Machthaber des neuen China, der Nachdruck, den sie auf Erziehung und technische Schulung der Massen legten, erhöhten noch das chinesische Prestige in Asien, das schon in der Vergangenheit groß gewesen sei; aus allen diesen Gründen müsse ein modus vivendi zwischen Rotchina und Australien gefunden werden. Auch Dr. Evatt hat wiederholt ähnliche Gedanken vertreten. Er will, daß Australien dem britischen Beispiel folge, das allein realistisch sei, und er macht darauf aufmerksam, daß gerade die asiatischen Staaten, die sich nicht SEATO anschlossen, China anerkannt haben. Staaten, welche dies nicht tun, folgen

[39] Australia in World Affairs, Kap. 6, S. 206.

[40] Über die Haltung der Vereinigten Staaten, der Australien weitgehend in dieser Frage gefolgt ist, siehe Donald F. Lach, „Die Amerikanische Formosapolitik seit 1950", in dieser Zeitschrift 6 (1958), S. 151–164.

[41] Sir Douglas Copland, Australia and the Changing World in Asia, S. 17, Eight Roy Milne Memorial Lecture Hobart, 21. 10. 57. Hrsg. vom Australian Institute of International Affairs.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach der Meinung des Führers der australischen Arbeiterpartei „irgendwelchen wilden, launenhaften Ansichten und verschließen sich den Tatsachen[42]".

Auffassungen wie diese gehen davon aus, daß eine de-jure-Anerkennung eines Landes keineswegs einer Akzeptierung der es beherrschenden Ideologie gleichzusetzen sei. Haben nicht die USA diplomatische Beziehungen zu Sowjetrußland? Und hat nicht auch Australien die Sowjetunion anerkannt – welche freilich nach Beginn des Petrow-Prozesses in Canberra im April 1945 ihre dortige Botschaft schloß und die diplomatischen Beziehungen abbrach, die erst kürzlich, nach fünf Jahren, im März 1959 auf Grund von Verhandlungen zwischen Außenminister Casey und dem sowjetischen stellvertretenden Außenminister Firubin auf der ECAFE-Konferenz in Broadbeach (Australien) wiederhergestellt wurden –? Zusammenfassend kann man sagen, daß das gegenwärtige australische Kabinett sich kaum zu einer Anerkennung der chinesischen Volksrepublik entschließen dürfte, daß aber eine von der Arbeiterpartei gebildete Regierung sie anstreben würde.

Australien und Japan

Infolge der oft brutalen Behandlung australischer Kriegsgefangener durch die Japaner im zweiten Weltkrieg bestand in den Nachkriegsjahren ein ausgeprägtes antijapanisches Ressentiment in der australischen Bevölkerung. Erst sehr allmählich kam es unter dem Eindruck der positiven Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Japan zu einer Neuorientierung der australisch-japanischen Beziehungen. Der Abschluß eines Handelsvertrages am 6. Juli 1957 und der Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Kishi in Canberra im Dezember 1957 stellten einen Wendepunkt in dieser Hinsicht dar. Während die Bevölkerung sich kühl verhielt, sprach das gemeinsame Kommuniqué des australischen und des japanischen Ministerpräsidenten von den „guten Beziehungen, die zwischen Australien und Japan bestehen", und erklärte, daß die Außenpolitik beider Mächte durch die Prinzipien der Vereinten Nationen bestimmt werde. Die Besprechungen zwischen den Ministerpräsidenten, so wurde festgestellt, zeigten „eine weitgehende Übereinstimmung in den Prinzipien und Zielen der beiderseitigen Außenpolitik[43]". Auch die gemeinsame Förderung der unterentwickelten Länder Südostasiens durch den Colombo-Plan wurde unterstrichen. Seitdem hat Japan große Anstrengungen gemacht, die verhältnismäßig bescheidenen Einfuhrziffern japanischer Verbrauchs- und Luxusgüter, die von Australien bezogen werden, zu erhöhen. Aus diesem Grunde war die japanische Propaganda auf der Internationalen Handelsausstellung in Melbourne im Frühjahr 1959 besonders auf dem Gebiet der Textilien überaus intensiv.

Das Problem von Holländisch-Neu-Guinea

Wie schon oben bemerkt, hat Australien nach der Geburt der Nachbarrepublik Indonesien die Rolle eines Taufpaten gespielt. Auch Indonesien hat unter dem Co-

[42] Siehe „Parliamentary Debates (Hansard)", 15. 4. 58, a. a. O., S. 878.

[43] Siehe Current Notes in International Affairs, Bd. 28, Nr. 12, Dez. 1957, S. 965–64.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lombo-Plan beträchtliche Leistungen von Australien empfangen; bis einschließlich 1957 betrug die finanzielle Beihilfe Australiens über 2 Millionen Pfund. Australien wünscht lebhaft eine stabile, leistungsfähige Regierung in Indonesien. Weite Kreise bedauerten daher lebhaft die Verschärfung der dortigen Lage seit Ende 1957, den Kampf zwischen Regierung und Rebellen auf Sumatra und den unleugbaren Druck, den die starke und aktive kommunistische Partei Indonesiens zeitweilig auf das Regime des Präsidenten Soekarno ausübte[44].

Andererseits sind die Indonesier über die Haltung Australiens hinsichtlich der Zukunft von West-Neu-Guinea verstimmt. Diese Frage ist bekanntlich in den letzten Jahren wiederholt und regelmäßig von Indonesien vor das Forum der Vollversammlung der Vereinten Nationen gebracht worden. Indonesien ist der Auffassung, daß es als Erbe des früheren Niederländisch-Ostindien alle Territorien beanspruchen könne, die früher die holländischen Kolonien in Ostasien gebildet haben. Es beruft sich dabei auf Art. 1 der „Charter der Übertragung der Souveränität" von 1949. Dieser erklärt, daß „das Königreich der Niederlande die vollständige Souveränität über Indonesien bedingungslos und unwiderruflich auf die Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien überträgt". Die indonesische Regierung argumentiert, der Begriff „Indonesien" in diesem Artikel schließe Holländisch-Neu-Guinea automatisch ein. Die Holländer dagegen berufen sich auf Art. 2 der Charter, der besagt: „Es wird entschieden, daß der status quo für das Gebiet von Neu-Guinea aufrechterhalten bleibt, mit der Verpflichtung, daß innerhalb eines Jahres vom Tage der Übergabe der Souveränität an die Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien ab die Frage der politischen Zugehörigkeit von Neu-Guinea durch Verhandlungen zwischen dieser Republik und dem Königreich der Niederlande geregelt werden soll[45]." Bekanntlich haben solche Verhandlungen, die wiederholt stattfanden, bisher zu keiner Einigung geführt.

Vom juristischen Standpunkt aus kann Indonesien daher auf den Besitz von Neu-Guinea kaum Anspruch erheben. Jedenfalls besteht insoweit kein Anlaß für Australien, die holländische Souveränität über Neu-Guinea (oder „West-Iran", wie die Indonesier es heute nennen) nicht auch weiterhin anzuerkennen. Nach Ansicht der australischen Regierung, die von der öffentlichen Meinung des Landes weitgehend geteilt wird, sprechen gegen eine Übergabe von Holländisch-Neu-Guinea an Indonesien noch eine Reihe anderer Gründe. Man muß dabei im Auge behalten, daß der nordöstliche Teil der Insel Neu-Guinea von Australien als Mandat der Vereinten Nationen verwaltet wird, und daß Papua zum Commonwealth of Australia gehört. Von den besagten weiteren Gründen seien nur die folgenden erwähnt:

1. Die Bevölkerung von Holländisch-Neu-Guinea ist in ihrer rassischen Herkunft, Sprache und Kultur von den Menschen der Indonesischen Insel gänzlich verschie-

[44] Der Vorschlag von Dr. Evatt im April 1958, die australische Regierung solle zwischen den streitenden Gruppen in Indonesien vermitteln, wurde von der Regierung nicht akzeptiert.

[45] Zitiert in dem Aufsatz „Dutch New Guinea", in: Friends and Neighbours, Australia and the World, von R. G. Casey, Melbourne 1954, S. 100f.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den. Die Indonesier gehören zum Bereich der indo-malayischen Sprache und Kultur und sind verhältnismäßig zivilisiert. Die Bewohner von Holländisch-Neu-Guinea dagegen sind Papuaner wie ihre Nachbarn in Australisch-Neu-Guinea, und ihre Gesellschaftsform ist die primitiver Stämme. Es bestehen daher viel engere Bande zwischen den Menschen in Holländisch- und in Australisch-Neu-Guinea als zwischen der Bevölkerung von Indonesien und der von Holländisch-Neu-Guinea.

2. Wie gerade die Ereignisse in Indonesien Ende 1957 und in den ersten Monaten von 1958 bewiesen, haben die Indonesier in ihrem eigenen Land noch ganz elementare wirtschaftliche und politische Probleme zu lösen. Sie müssen erst lernen, die eigenen Verhältnisse zu stabilisieren, bevor sie in der Lage sind, sich um die Verwaltung und Entwicklung noch relativ unerschlossener Gebiete wie Holländisch-Neu-Guinea zu kümmern.

3. Noch ein pragmatischer Grund: Es kann keineswegs gleichgültig für Australien sein, ob es in Neu-Guinea eine zuverlässige Macht zum Nachbarn hat. Im letzten Weltkrieg bedrohten die Japaner Australien ernstlich von Neu-Guinea her, wo sie Fuß gefaßt hatten. Unter strategischem Gesichtspunkt hat Australien daher ein starkes Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo in Holländisch-Neu-Guinea. Zudem ist in den letzten Jahren die Zusammenarbeit zwischen den zwei Verwaltungen in Neu-Guinea, der niederländischen und der australischen, verstärkt worden. Es muß die Aufgabe beider Schutznationen sein, das Land wirtschaftlich zu entwickeln und den noch recht primitiven Eingeborenen allmählich zur Selbstverwaltung zu verhelfen.

Auch die Opposition im australischen Parlament bejaht die niederländische Souveränität über Holländisch-Neu-Guinea. Gleichzeitig fordert sie jedoch, daß die drei Mächte Australien, die Niederlande und Indonesien zusammenarbeiten und alle ihre Probleme gemeinsam lösen sollten – eine idealistische Auffassung im Geiste der Vereinten Nationen, die in der Praxis bisher leider wenig Erfolg verspricht. Auch in Zukunft wird sich Australien zweifellos ernsthaft um freundliche Beziehungen zu Indonesien bemühen, ohne in der Streitfrage des Besitzes von Holländisch-Neu-Guinea seine Position aufzugeben. Dies zeigte sich deutlich bei dem Besuch des indonesischen Außenministers Dr. Subandrio in Canberra Anfang 1959.

Wie bei anderen Mandaten unter den Vereinten Nationen, so erscheinen auch in Australisch-Neu-Guinea regelmäßig Delegationen vom „Trusteeship Council" (Treuhandschaftsrat) der UNO zur Kontrolle. Australien kann der Welt, was Neu-Guinea angeht, mit gutem Gewissen gegenübertreten. Was es hier treibt, ist, wie der gegenwärtige australische Außenminister neuerdings betont hat, nicht „Kolonialismus", sondern das Gegenteil davon. „Unsere Leistung in Neu Guinea" – sagte Mr. Casey im Parlament im April 1958 – „ist die eines Landes, das alles tut, was in seinen Kräften steht, um eine noch wenig entwickelte Bevölkerung zu leiten und einem besseren Lebensstandard entgegenzuführen. Fast 2 Millionen Menschen sollen von einer noch vor kurzem barbarischen Lebensweise zu einer viel besseren Lebensart

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebracht werden, und das ohne geringsten Anschein von Ausbeutung und unter sehr beachtlichen Kosten für den australischen Steuerzahler[46]."

Schließlich muß hier auch kurz der aktive Anteil Australiens an der konstruktiven Arbeit der South Pacific Commission berührt werden. Seit dem oben erwähnten Abschluß des ANZAC-Vertrags zwischen Australien und Neuseeland von 1944 sind sich beide Staaten ihrer Verantwortung gegenüber den Eingeborenen auf den Inseln im Süden des Pazifischen Ozeans mehr und mehr bewußt geworden. Sie entfalteten daher die Initiative, die 1947 zur Gründung der „Südpazifischen Kommission" führte. Diese setzte sich die Aufgabe, „die internationale Zusammenarbeit für die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Bevölkerung der sich nicht selbst verwaltenden Gebiete im Bereich des Südpazifik zu ermutigen und zu stärken". Das in Frage kommende Inselgebiet umfaßt eine Bevölkerung von ungefähr 3 Millionen Eingeborener polynesischer, mikronesischer und manesischer Abstammung. Es wird von sechs Staaten verwaltet, die alle Mitglieder der South Pacific Commission sind, nämlich außer Australien und Neuseeland Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich und die Niederlande. Zudem schließt das Gesamtgebiet vier Treuhändergebiete unter den Vereinten Nationen ein, von denen Neu-Guinea und die Insel Nauru durch Australien und Westsamoa durch Neuseeland verwaltet werden, während das „USA Treuhändergebiet im Pazifik" die Karolinen, die Marschall- und die Marianen-Inseln einschließt. Das Werk der Kommission dient der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Förderung der Bewohner und erstreckt sich besonders auf die Gesundheitspflege, den Bodenbau, die Bekämpfung des Analphabetentums und die allgemeine Hebung des kulturellen Standards. Die dreijährlichen Konferenzen der Kommission, über die die australische Presse regelmäßig berichtet, geben Vertretern der Eingeborenen Gelegenheit, ihre Probleme und Wünsche zur Sprache zu bringen und sie mit Experten der sechs Mitgliedstaaten zu erörtern[47].

Dieser knappe Überblick über die Entwicklung und die heutige Position der australischen Außenpolitik mag einen Begriff von den Problemen geben, mit denen sich denkende und verantwortungsbewußte Menschen in Australien auseinandersetzen müssen. Diese Probleme lassen sich nur lösen im Geiste eines vernünftigen Realismus und einer kooperativen Einstellung. Heute kann die Außenpolitik keines einzigen Landes isoliert betrachtet und betrieben werden. Ist sie doch ein spezifischer Teil einer größeren übernationalen Problematik und Aufgabe. Und diese kann man nur bewältigen, wenn man für Bewegungen unserer Zeit wie den Nationalismus und Antikolonialismus bei den jungen Völkern Asiens und Afrikas zwar Verständnis aufbringt, sich aber nicht von bloßen Schlagworten blenden läßt, sondern eine nüchtern-konstruktive Zusammenarbeit mit den Nachbarn guten Willens anstrebt.

[46] Siehe „Parliamentary Debates (Hansard)", 15. 4. 58, a. a. O., S. 874. Eine gute Darstellung der Probleme und Aufgaben des von Australien verwalteten Teils von Neu-Guinea aus der Feder von John Andrews findet sich in: Australia in World Affairs 1950–1955, Kap. 6.

[47] Siehe den Artikel „South Pacific Commission" in: Current Notes in International Affairs, Bd. 27, Nr. 10, Okt. 1956, S. 611–15.

Jahrgang 7 (1959), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1959_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte